

7. Zusammenfassung: Russland in Nordostasien in der Zeit der Globalisierung - Auf der Suche nach einer neuen Identität?

Als die Bipolarität als Weltordnungssystem zusammenbrach und der Multipolarität unter hintergründiger Führung der G-7 Wirtschaftsmächte den Platz überließ, erforderte wirtschaftliche Internationalisierung die Festlegung neuer staatlicher sicherheitspolitischer Richtlinien, die sich jetzt nicht mehr auf die Basis militärischer Verteidigungskapazitäten, sondern primär auf die volkswirtschaftlichen Potenziale des Staates zentrierten.

Die Identität der Russlandforschung nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation wurde durch den Kontext des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses im postsowjetischen Raum bestimmt. Aus diesem Grunde befassten sich die politikwissenschaftlichen Analysen primär mit Fragen der Kontinuität in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik in Bezug auf die innenpolitische Umstrukturierung.¹ Abgesehen von wenigen Forschungsarbeiten wird das Bild der russischen Entwicklungsprozesse von negativen Einschätzungen dominiert. Die Beobachtung des thematischen Rahmens sowie des analytischen Instrumentariums der Erforschung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik in den 1990er Jahren wirft die Frage auf, ob die Bearbeitung der behandelten Probleme die Entwicklung neuer analytischer Ansätze und theoretischer Modelle erfordert, da die Theorien und Methoden der westlichen Politikwissenschaft nicht zu genügen scheinen, um die vollkommen desorganisierte Politik und Wirtschaft des postsowjetischen Russland zu behandeln. Sarkastisch formulierte Edward Luttwak: *„Die Entwicklung Russlands zu einer Marktwirtschaft ist ein weit ausgreifendes Thema, das eines Homer oder Tolstoi bedarf.“*² Der Themen- und Methodenumfang, die zur Beantwortung zentraler Fragestellungen der Politikwissenschaft angewendet werden, scheint erschöpft zu sein, ohne die Logik der russischen Entwicklung zu erklären. Das gegenseitige

¹ Vgl. Kapitel 2.

² Edward Luttwak: Turbo-Kapitalismus. Gewinner und Verlierer der Globalisierung, Hamburg: Europa, 1999, S. 264.

Abhängigkeitsverhältnis der außen- bzw. sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Faktoren könnte beispielsweise in folgenden Kategorien in die Forschung eingebracht werden: a) Analyse der Festlegung staatlicher Prioritäten, die sich implizit in der Wahl der Alliierten und Handelspartner offenbart, und b) Analyse des Einsatzes der wirtschaftlichen Mittel als politische Instrumente für den Einfluss auf andere Staaten.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stand die Frage nach dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft in der russischen außen- und sicherheitspolitischen Praxis, sowohl in einer historischen Perspektive, als auch in den 1990er Jahren. Es wurde der Versuch unternommen, darzulegen, inwieweit die wirtschaftlichen Komponenten bei der Formulierung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik Berücksichtigung fanden. Dabei hatte die vorliegende Arbeit das Ziel, die russische Nordostasienpolitik kritisch zu hinterfragen und die Kooperationsbereitschaft Japans, der VR China und der Republik Korea mit der Russischen Föderation bzw. dem Russischen Fernen Osten analytisch zu untersuchen.

Zur Beantwortung der anfangs gestellten Fragen bediente sich die Analyse der gegenwärtig in der Forschung diskutierten Frage nach der Messbarkeit der Wechselwirkung zwischen Politik und Wirtschaft im Bereich des internationalen Auftretens der Staaten. Dabei stand am Anfang der Studie die Untersuchung der Wandlung der machtpolitischen Prioritäten nach dem Ende des Kalten Krieges im Vordergrund. Auf der Basis dieser Annahmen erfolgte die Analyse der Fallstudien zur Wechselwirkung zwischen Politik und Wirtschaft in den außenpolitischen bzw. außenwirtschaftlichen Konzepten der nordostasiatischen Staaten, der VR China, Japan und Südkorea, um weiter die Relevanz der russischen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Konzepte für das regionale Spezifikum erkennen zu können. Die Fallstudien belegen die gemachten Annahmen darüber, dass die Abhängigkeit der außen- und sicherheitspolitischen Maßnahmen der Staaten der Region von den wirtschaftlichen Interessen seit dem Ende der 1970er Jahren zunehmend deutlicher wurde. Zusammenfassend³ stellt sich die Wechselwirkung zwischen Politik und Wirtschaft in Nordostasien wie folgt dar:

³ Ausführlicher siehe Kapitel 5.

1. Aus der aus der gemeinsamen komplizierten Vergangenheit, beruhend auf der traditionellen Feindlichkeit zwischen den Staaten, bildete sich eine neue Form des Wettbewerbs und zwar mit der wirtschaftlichen Prosperität als Machtfaktor. Gleichzeitig herrscht das Verständnis, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der Region nicht ohne stabile friedliche Umwelt stattfinden kann. Da die nordostasiatischen Staaten über Potenziale für die Aufteilung der Produktionsfaktoren verfügen, wird eine erweiterte wirtschaftliche Kooperation in der Region von vielen Beobachtern als Garant regionaler Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität angesehen.
2. Einerseits wird Nordostasien als eine geographische Gesamtheit betrachtet, die eine politische Einheit und eine wirtschaftliche Zone darstellt, die aber durch keinen institutionellen Rahmen der multilateralen Kooperation bedient wird, was 1) auf den Wunsch der Staaten politisch und wirtschaftlich unabhängig zu bleiben und 2) auf mangelnde politische Ziele bzw. unterschiedliche Sicherheitsinteressen trotz des vorhandenen Interesses an der wirtschaftlichen Kooperation zurückzuführen ist. Andererseits zeichnete sich die Intensivierung wirtschaftspolitischer Handlungskapazitäten zwischen allen Anrainerstaaten in der Region in den 1990er Jahren ab. Der sich andeutende Regionalismus hat jedoch noch nicht dafür gesorgt, dass sich Japan, die VR China, Russland und Südkorea zu einem integrierten Raum transnationaler Verflechtungen entwickeln.
3. Eine potente Form des regionalen wirtschaftlichen Kooperationsprozesses stellen die sogenannten natürlichen Wirtschaftszonen dar: Die Zone Sachalin-Kurilen-nördliches Japan, das Tuman-gang-Entwicklungsprogramm (VR China, der Russische Ferne Osten, beide koreanische Staaten), die neue wirtschaftliche Subregion im Gelben Meer (VR China, die koreanische Halbinsel und Japan), und jene im Japanischen Meer (Japan, VR China, die koreanischen Staaten und der Russische Ferne Osten), und die Bohai-Wirtschaftszone (nordöstliches China und die koreanische Halbinsel). Die von den regionalen politischen und wirtschaftlichen Strukturen initiierten Projekte basierten auf den vorhandenen Faktoren der regionalen Arbeits- und Ressourcenverteilung zwischen den angrenzenden Ländern.

4. Zur Regel „des guten Tons“ in Nordostasien wurden 1) der Verzicht auf die Menschenrechtsrhetorik bei der Ausführung wirtschaftlicher Aktivitäten und 2) die Vertagung politischer Auseinandersetzungen, die von territorialen Streitigkeiten und ideologischer Konfrontation ausgingen, zu Gunsten einer stabilen und friedlichen Entwicklung des wirtschaftlichen Regionalismus.
5. Politische Risikofaktoren in der nordostasiatischen Region stammen oft aus überschneidenden wirtschaftlichen Interessen der Staaten und schlossen folgende Aspekte ein: 1) die Territorialkonflikte (z. B. der regionalen Konkurrenz um die Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer aufgrund ihres Reichtums an Energieressourcen), 2) die zunehmenden Rüstungs- und Proliferationsgefahren aufgrund steigender Ausgaben für das Verteidigungsbudget (vor allem in der VR China); 3) die Bedrohung unkontrollierter Migration, die zur Stärkung der regionalen nationalistischen Stimmungen führen kann (z. B. im Russischen Fernen Osten) 4) eine anhaltende, nachhaltige ökonomische Rezession der regionalen Wirtschaftsmacht Japan, und 5) die Differenzen in der wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik in den nordostasiatischen Staaten.
6. Die Vorstellungen hinsichtlich der möglichen Form der nordostasiatischen wirtschaftlichen multilateralen Kooperation unterschieden sich. Die chinesische Seite schlug die Beteiligung aller nordostasiatischen Staaten vor, während die Japaner nur regionale Teilnehmer aus dem Gebiet des Japanischen Meers bevorzugten. Während die Chinesen eine wirtschaftliche Kooperation auf der Basis japanischer Investitionen und unter Einbeziehung von zentralen Regierungen in Beijing, Moskau, Tokio, Seoul und Pjöngjang aufzubauen suchten, zogen die Japaner die regionalen Handelsbeziehungen mit Initiativen der lokalen Entscheidungsträger aus den Grenzregionen vor.⁴

⁴ Gaye Christoffersen: The Greater Vladivostok Project: Transnational Linkages in Regional Economic Planning, in: Pacific Affairs, Vol.67, No.4, Winter 1994, S. 513-31, hier S. 517.

Zusammenfassend lassen sich folgende Grundsätze sowie Instrumente der Wechselwirkung zwischen politischen und wirtschaftlichen Faktoren in den nordostasiatischen Staaten erkennen:

Tabelle 6: Wechselwirkungen zwischen Politik und Wirtschaft in Nordostasien

Grundsatz	Instrumente und ihre Einflussbereiche
Wirtschaftliche Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik	<p>Wirtschaftliche Prosperität spornt die militärische Aufrüstung an</p> <p>Bedarf an Krediten und Investitionen beeinflussen Konkurrenz zwischen den Staaten</p> <p>Wirtschaftliche Handelsverflechtung stärkt sich trotz ideologischer Auseinandersetzung</p> <p>Wirtschaftliche Interdependenz beeinflusst den Ausbau der politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Bündnisse und der multilateralen Organisationen nicht</p> <p>Regionale wirtschaftliche Interdependenz trägt zur sicherheitspolitischen Stabilität bei: Die wirtschaftliche Hilfe und Unterstützung schaffen politische Entspannung</p>
Politische Instrumente der Wirtschaftspolitik	<p>Sicherheitspolitische Interessen beeinflussen die Wahl der wirtschaftlichen Partner bzw. die Dynamik der bilateralen wirtschaftlichen Kooperation</p> <p>Interessengruppen beeinflussen außenwirtschaftliche Strategien</p>

Es lässt sich feststellen, dass alle Führer der Kommunistischen Partei der Sowjetunion das Verständnis für die Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichen und außen- bzw. sicherheitspolitischen Fragen besaßen. Lenin befürwortete die finanzielle Unterstützung der

Entwicklung des sozialistischen Staates von der kapitalistischen Welt, jedoch zeigte der westliche Kapitalismus eine ablehnende Haltung zu Krediten an und Investitionen in die sowjetische Republik. Als Vorstufe zum Nichtangriffspakt der Sowjetunion mit dem nationalsozialistischen Deutschland unterschrieb Stalin das Wirtschaftsabkommen als Garant der friedlichen Koexistenz. Kurz vor seinem Tod äußerte Brežnev die Ansicht, dass der Erfolg der politischen Praxis auf realer ökonomischer und militärischer Potenz des Staates basiert.⁵ Chruščov vertrat die Haltung, dass der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus eher im wirtschaftlichen als im militärischen Wettbewerb errungen würde.⁶ Andropov und Gorbačov bevorzugten die Aussage Lenins über die Überlegenheit der Wirtschafts- über die Militärfaktoren: *„Der Sozialismus wird seinen wichtigsten Einfluß auf die Umwelt durch seine Wirtschaftspolitik ausüben.“*⁷ In erster Linie erkannten aber alle sowjetischen Führer die entscheidende Abhängigkeit der militärischen Kapazitäten von der diese bedienenden wirtschaftlichen Basis an und setzten wirtschaftspolitische Instrumente ein, die eine starke wirtschaftliche Grundlage für den Ausbau der Verteidigungspotenziale schaffen sollten. Berechtigt ist jedoch die Aussage von Paul Kennedy:

*„Da die marxistische Philosophie die materielle Existenzgrundlage betont, scheint es in doppelter Hinsicht ironisch, daß die Hauptschwierigkeiten der UdSSR heute in ihrer wirtschaftlichen Infrastruktur liegen.“*⁸

In der Tat waren Messwerte für die Effizienz der systemerhaltenden sozialistischen Volkswirtschaft in der Rüstungsindustrie und für die Außen- und Sicherheitspolitik in der Ideologie der Sowjetunion angesehen. Während die sowjetische führende Elite die Bedrohung der ideologischen und militärischen Sicherheit wahrgenommen hat, wurden aufgrund der

⁵ Nach: Pravda, 28.10.1982.

⁶ N. S. Khrushchev: *Speeches and Interviews on World Problems: 1957*, Moscow: Foreign Languages Publishing House, 1958, S. 367.

⁷ V. I. Lenin: *Once again on the Trade Unions*, Collected Works, Vol. 32, Moscow: Progress, 1975, S. 32; vgl. M. S. Gorbačov: *Korennoj vopros ekonomicheskoi politiki partii*, Pravda, 12.06.1985, S. 1. Zur Analyse siehe: Clifford G. Daddly: *The Price of the Past: Russia's Struggle with the Legacy of a Militarized Economy*, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 1996, S. 49.

⁸ Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt/Main: Fischer, 1994, S. 722.

folgenden Faktoren keine ökonomisch bedingten Gefahren für den sozialistischen Staat gesehen: 1. Die Sowjetunion war nicht tief genug in die weltwirtschaftlichen Handelsbeziehungen integriert, um eine aus möglichen Handelsrestriktionen seitens der westlichen Partner hervorgehenden Bedrohungen für die eigene Volkswirtschaft zu fürchten. 2. Die Sowjetunion war aufgrund der ausreichenden Ressourcenausstattung nicht von anderen Staaten abhängig, deswegen war eine Verwundbarkeit durch Ressourcenmangel und die möglicherweise dadurch entstehende politische Abhängigkeit kein Grund für Besorgnis. Obwohl die sowjetische Volkswirtschaft seit den 1960er Jahren auf die Handelsverflechtungen mit dem Westen angewiesen war, wurde eine ganze Reihe von Sicherheitsmechanismen ausgearbeitet, um die politische sowie wirtschaftliche Abhängigkeit zu vermeiden.

Zwei Mal in ihrer Geschichte hat die Sowjetunion jedoch Fehlritte begangen, die später ihren strategischen Berechnungen entgegenwirkten, als wirtschaftliche Kooperation mit der Absicht aufgenommen wurde, eine dauerhafte Garantie der friedlichen Koexistenz zu stellen: Mit dem Hitler-Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg sowie mit der VR China in den 1950-60er Jahren. Die negativen Implikationen ließen sich in der Außen- und Sicherheitspolitik daran ablesen, dass die sowjetische Politik seit den 1970er Jahren wenig Neigung zeigte, sich mit einer strategischen Partnerschaft mit Großmächten abzufinden, sondern eine Trennung der wirtschaftlichen Erwägungen und der politischen Beziehungen vollzog. Eine dialektische Facette im Spektrum der neuen Aufgaben für die sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik seit dem Ende der 1970er Jahre stellte das Streben nach der Ausübung der politischen und ideologischen Konfrontation mit der kapitalistischen Welt und die lebenswichtige Erfordernis, auf technologische Ressourcen der wirtschaftlich fortgeschrittenen westlichen Staaten zurückzugreifen, dar.

Erst Michail Gorbachov vertrat die Ansicht, dass die Sowjetunion nur bei einer „beschleunigten Intensivierung“ der Volkswirtschaft in der Lage sein würde, ihre Weltmachtstellung zu wahren. Als der letzte sowjetische Außenminister Eduard Šewardnadze zur „Ökonomisierung“ der sowjetischen Außenpolitik rief, stand die Erzielung der

wirtschaftlichen Beziehungen mit den führenden kapitalistischen Staaten oben auf der Agenda. Es wurde der Versuch unternommen, die bis dahin verlustbringende Unterstützung der Entwicklungsländer durch gestärkte wirtschaftliche Beziehungen mit den entwickelten Staaten zu ersetzen. Damit begannen rein wirtschaftliche Faktoren eine wichtige Rolle bei der Formulierung der Außen- und Sicherheitspolitik zu spielen. Dies war ein neues Phänomen in der russischen politischen Praxis.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hatte die Wirtschaftskrise in Russland eine entscheidende Auswirkung auf die Entideologisierung der außenpolitischen Beziehungen und die Verschiebung der sicherheitspolitischen zu wirtschaftlichen Prioritäten. Eben wirtschaftliche Erwägungen beeinflussten die Kürzung der Verteidigungsausgaben, den Einsatz des Waffenhandels für die Erzielung der harten Währung, die Einstellung der finanziellen Unterstützung der „ideologischen Patenstaaten“. Es ist jedoch festzustellen, dass die russische Außen- und Sicherheitspolitik in den 1990er Jahren zwischen den Elementen der strategischen Aspekte (z. B. Großmachtambitionen, Sicherung eigener Einflusszonen) und wirtschaftlichen Interessen (Integration in die internationale Wirtschaftsbeziehungen, Gewinn der westlichen Investitionen und Krediten) oszillierte. Bis 1996 verfolgte der erste Außenminister der Russischen Föderation, Andrei Kosyrev, eine „prowestliche“ Außenpolitik, in welcher der Westen als Retter der angeschlagenen russischen Wirtschaft erachtet wurde. Die ihm folgenden Außenminister, Jevgenij Primakov und Igor Ivanov, hatten eine Wende der außenpolitischen Konzeption in der Richtung einer „eurasischen“ Außenpolitik genommen, als geopolitische Denkweise und nationalistische Tendenzen an Kraft gewannen, und hervorgehoben wurde, dass russische nationale außenpolitische Interessen nicht nur den wirtschaftlichen Interessen der russischen prowestlichen wirtschaftlichen Akteure geopfert werden sollten. Vor diesem Hintergrund waren die außen- und sicherheitspolitischen Diskussionen in Russland in den 1990er Jahren um zwei Auffassungen zentriert. Die „geo-wirtschaftliche Schule“ stützte sich auf die Ansicht, dass die Bedingungen bzw. Voraussetzungen für die Großmachtrolle nicht mehr so sehr vom Militärpotenzial, sondern von dem Zustand und der Effizienz der Wirtschaft abhängig seien und die Hauptbedrohungen für die russische Souveränität und Identität von seiner

wirtschaftlichen Rückständigkeit herrührten. Die unter vielen weit verbreitete Furcht, zu einem reinen Rohstofflieferanten des Westens degradiert zu werden, war eine wichtige Triebkraft zur anti-westlichen Position, welche durch Hervorhebung der „geopolitischen Überlegungen“ stattfand, die nationale Souveränitätsrechte durch eine protektionistische Wirtschaftspolitik durchzusetzen versuchten. Trotzdem wies die in der Außenhandelsbilanz und in der Handhabung des Schuldendienstes ausgedrückte Außenwirtschaftspolitik Russlands der 1990er Jahre eine ähnliche Struktur wie die der Entwicklungsländer aus, insofern Rohstoffe über 70 Prozent des gesamten russischen Exports betrugten, der Import einen hohen Anteil an Lebensmitteln zeigte und ein besonders hoher Teil des Bruttoinlandsprodukts zur Begleichung des Schuldendienstes eingesetzt wurde.

Das russische Engagement in Ostasien in den letzten zwei Jahrhunderten basierte auf politisch-strategischen Interessen und wurde auf militärischer Basis aufgebaut.⁹ Wirtschaftliche Beziehungen Russlands mit den Staaten der Region waren immer eingeschränkt. Die regionale Mächtekonstellation begünstigte ihre Erweiterung nicht. Das Streben des zaristischen Russland nach Osten war vor allem mit dem großimperialistischen Denken der führenden Kreise verbunden: Das russische Reich könne der machtpolitischen Expansion seiner europäischen Rivalen in benachbarten fernöstlichen Staaten nicht tatenlos zusehen.¹⁰ In der Ära des Kalten Krieges stellte sich für die Sowjetunion in dieser Region die Aufgabe des Widerstandes gegen ihre strategischen Gegner, die VR China und die amerikanisch-japanische Militärallianz. Aus diesem Grund wurde der Russische Ferne Osten in den Dienst des Ausbaus des sowjetischen Militärpotenzials gestellt, während viele Gebiete zu speziellen Militärsperzonen wurden und die Orientierung der regionalen Wirtschaft sich auf die Militärbranchen vollzog. Die volkswirtschaftliche Entwicklung der Region verlief autark, bei völliger Ignorierung der Rolle der außenwirtschaftlichen Kooperation mit den Nachbarstaaten, was eine endgültige Isolierung der sowjetischen fernöstlichen Territorien von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung Nordostasiens sowie den Ausschluss der

⁹ Vgl. Kapitel 6.1.

¹⁰ Gottfried-Karl Kindermann: Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840-2000, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 2000, S. 42.

sowjetischen Ressourcen aus der regionalen Arbeitsverteilung bewirkte. So wurde Russland in der Region nie als wirtschaftliche Macht betrachtet: der Russische Ferne Osten gewann als militärischer Vorposten an Bedeutung.

Der militärische Rückzug aus der Region in den 1990er Jahren war ein Anzeichen, dass das russische Engagement in der Region primär aufgrund wechselseitiger Konstellationen politischer und wirtschaftlicher Erwägungen aufgebaut werden sollte.

Die Reduzierung der staatlichen Subventionen in die ehemals hochmilitarisierte Region beeinflusste die allgemeine wirtschaftspolitische Lage der Region negativ.¹¹ Während Russland in den 1990er Jahren in Europa die größte Bedrohung seiner Sicherheit in den externen Faktoren (z. B. die NATO-Osterweiterung) sah, wurde es im Fernen Osten mit den inneren Entwicklungs- und Umstrukturierungsproblemen konfrontiert. Unter den sicherheitspolitischen Herausforderungen in den 1990er Jahren war die Wirtschaftskrise eine ernste Bedrohung. Im Vergleich zu den Staaten Nordostasiens verfügte Russland über eine Reihe von schlechten Voraussetzungen, z. B. eine schwache Besiedlung des russischen Territoriums im Vergleich zu den stark besiedelten Grenzterritorien der VR China, die für die ausländischen Investitionen unattraktiven rechtlichen Rahmenbedingungen im Gegensatz zu den chinesischen sowie eine unterentwickelte Infrastruktur im Vergleich zu Japan und der Republik Korea. Regionale Probleme erforderten eine Neustrukturierung der regionalen Wirtschaftsstrukturen, die Entwicklung des Dienstleistungssektors, den Erwerb und Einsatz neuer Technologien für die Ressourcengewinnung, die Modernisierung des Transportnetzes und die Konzentration von Finanzressourcen auf spezielle wirtschaftliche Entwicklungszonen und Projekte.

Die stärkere Berücksichtigung der wirtschaftlichen Faktoren bei der Formulierung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik für die nordostasiatische Region nach dem Ende des Kalten Krieges war eine offenkundige Reaktion auf den Verlust vieler Handelsverbindungen in Ost- und Mitteleuropa. Der Beitritt der Russischen Föderation zur *APEC* im Jahre 1997 ist auf das russische Streben, ein legitimer Teil der Asien-Pazifik zu werden, sowie auf sein

¹¹ Vgl. Kapitel 6.2.1.

Interesse an der Erzielung wirtschaftlicher Unterstützung und von Handelsprofit aus der Kooperation von Staaten der Region zurückzuführen. Die Entscheidung über die Mitgliedschaft sollte u.a. eine außenpolitische Lösung der inneren wirtschaftlichen Probleme durch aktive Unterstützung der beteiligten Länder werden. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht.

Der Handel mit Ostasien betrug in den 1990er Jahren weniger als 20 Prozent vom gesamten Außenhandel der Russischen Föderation. Aber obwohl die Region nicht von wichtiger ökonomischer Bedeutung für das europäische Russland war, waren 90 Prozent des Außenhandels des Russischen Fernen Ostens mit den nordostasiatischen Staaten. Die wichtigsten interessierten Wirtschaftsgruppen, die für die Verstärkung der russischen Aktivitäten in Nordostasien in den 1990er Jahren eintraten, waren die Verteidigungs- und Energieindustrien. Der militärindustrielle Komplex setzte seine erweiterten Waffenhandelsgeschäfte in Ostasien durch, insbesondere mit der VR China, die in den 1990er Jahren zu ihrem wichtigsten Absatzmarkt wurde. Die Energiebranche hatte ernsthaftes Interesse, Naturgas und Öl an die Volksrepublik, Japan und Südkorea aus Sibirien und Sachalin zu liefern sowie an der Einwerbung ausländischer Investitionen für die Ressourcengewinnung und den Ausbau der Infrastrukturbasis.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde die Russische Föderation vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Potenziale in die Situation der ostasiatischen Region einzubringen, um ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten durch die Einbeziehung der notwendigen Investitionen und Kredite, Technologien und Handelsbeziehungen zu maximieren sowie zu der Stärkung eigener regionaler Positionen beizutragen. Während der Aufstieg der wirtschaftlichen Interessen als bestimmender Faktor im außenpolitischen Engagement der Staaten der Region sowie der Paradigmenwechsel der sicherheitspolitischen Erwägung vom traditionellen militärischen Faktor zu Prinzipien der wirtschaftlichen Interdependenz als führende Basis der zwischenstaatlichen Beziehungen und machtpolitischen Determinanten schon vor Jahrzehnten stattgefunden hat, fehlte es in Russland jedoch an einer relevanten regionalen außenpolitischen Doktrin sowie den

Instrumenten ihrer Umsetzung, um den Russischen Fernen Osten effizient zu nutzen und fortschrittlich zu entwickeln.¹² Die Ausarbeitung eines effektiveren außen- und sicherheitspolitischen Konzepts für die Region Nordostasien verkomplizierte sich aufgrund der vorhandenen Divergenz zwischen politischen sowie wirtschaftlichen Interessen der Staatsregierung und den örtlichen Behörden im Russischen Fernen Osten und den nichtstaatlichen wirtschaftlichen Akteuren. Dies stellen vor allem die formulierten außenpolitischen Leitsätze der bilateralen Beziehungen mit den Nachbarstaaten unter Beweis. Während beispielsweise die wirtschaftlichen Beziehungen mit der regionalen Wirtschaftsmacht Japan auf die ungelöste Kurilen-Frage stießen, beschwor Russland eine strategische Allianz mit der VR China, welche von einigen außenpolitischen Experten als langfristige Bedrohung Russlands gewertet wird.

Das Interesse der nordostasiatischen Nachbarstaaten an ihrer Beteiligung am Prozess des Ausbaus des Russischen Fernen Ostens war eingeschränkt. Der japanische Bedarf an Rohstoffen wurde durch langfristige Verträge mit anderen Staaten gedeckt. Deswegen sah die japanische Regierung in den 1990er Jahren keine Notwendigkeit für Investitionen in die Energieprojekte im Russischen Fernen Osten. Da der ungelöste Territorialstreit um die Kurilen eine große staatliche finanzielle Unterstützung der Russischen Föderation verhinderte, basierte die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Staaten ausschließlich auf einer eingeschränkten Initiative von Privatakteuren.

Die Aufnahme politischer Beziehungen mit der VR China beeinflusste die Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation zwischen beiden Staaten nur teilweise, da die russische und die chinesische Wirtschaft in den 1990er Jahren nicht komplementär waren: Beide verfügten über Ressourcen, aber über kein eigenes Kapital und keine eigene Technologien. Aus diesem Grund wurden die Nachbarstaaten zu Konkurrenten in der Frage der ausländischen Investitionen. Die wichtigsten Fragen der Gegenüberstellung russischer Interessen zu denen der Volksrepublik blieben in den 1990er Jahren bei der Formulierung der regionalen außen- und sicherheitspolitischen bzw. außenwirtschaftlichen Konzeptionen der Russischen

¹² Vgl. Kapitel 6.2.

Föderation außer Betracht, z.B.: Wie soll Russland das außenpolitische Verhalten gegenüber der heranwachsenden Wirtschafts- und Militärmacht der VR China in der Zeit seiner Schwäche¹³ konsolidieren? Wie sollen die Beziehungen mit der Volksrepublik erweitert werden, damit der Waffenhandel das regionale sicherheitspolitische Umfeld nicht beeinträchtigt?

Die südkoreanische Regierung, die in den letzten Jahren der Sowjetunion ihre Bereitschaft für bilaterale Handelsbeziehungen und Investitionen gezeigt hatte, war in den 1990er Jahren an der Stärkung wirtschaftlicher Kooperation mit der Russischen Föderation aufgrund der sich verkomplizierten Rückzahlung der in den 1980er Jahren gewährten Kredite nicht interessiert. Außerdem war das Interesse der südkoreanischen Privatwirtschaft an Russland im Vergleich zu ihrem Einsatz in der VR China eingeschränkt, denn die für den Aufbau des Russischen Fernen Ostens benötigten Investitionen in großen Volumen waren für die sich außenwirtschaftlich engagierenden mittelständischen Unternehmen unmöglich.

Aus der Analyse folgt, dass die außenpolitischen Interessen der Russischen Föderation gegenüber Japan¹⁴ und der Republik Korea¹⁵ in den 1990er Jahren primär wirtschaftlicher Natur, und gegenüber der VR China¹⁶ vor allem politisch bedingt waren, und dass Russland bzw. der Russische Ferne Osten für das wirtschaftliche Engagement der nordostasiatischen Nachbarstaaten von einer unterordneten Bedeutung war.

Wichtige Potenziale für die langfristige Perspektive einer erfolgreichen wirtschaftlichen Integration Russlands in die Region stellen die Energieressourcen im Russischen Fernen

¹³ Das russische BIP stürzte in den 1990er Jahren auf 40-50%, während Chinas jährliche Wachstumsrate über 10% wuchs. (Watanabe Koji: Engagging Russia – A Japanese Perspective, in: Watanabe Koji (Hg.): Engaging Russia in Asia Pacific, Tokyo: Japan Center for International Exchange, 1999, S. 67-81, hier S. 76.)

¹⁴ Vgl. Kapitel 6.3.

¹⁵ Vgl. Kapitel 6.5.1.

¹⁶ Vgl. Kapitel 6.4.

Osten dar.¹⁷ Die Kooperation im Energiesektor mit der VR China, Japan und Südkorea kann eine stabile Basis für ein langfristiges russisches Engagement in Nordostasien bilden. Die Energieprojekte mit den Nachbarstaaten scheinen die einzige realistische Lösung der Sicherung der Kapitalinvestitionen und Kredite für den Wiederaufbau des Russischen Fernen Ostens von den an wirtschaftlicher Kooperation interessierten nationalen Regierungen, dem Privatsektor und den Finanzinstitutionen zu werden. Es wird deswegen angenommen, dass die politische Integration Russlands bzw. des Russischen Fernen Ostens in die nordostasiatische Region durch eine Exportexpansion der Energieressourcen ermöglicht werden kann. Die Energiekooperation kann auch deswegen als ein wichtiger Faktor der wirtschaftlichen Integration Russlands in Nordostasien betrachtet werden, da Energieprojekte langfristige Verträge vorsehen, die vertrauensbildende politische Maßnahmen zwischen den beteiligten Staaten fördern können. Auf die Tatsache, dass die „energetische Diplomatie“ in zunehmendem Maße neue Akzente für die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands in absehbarer Zukunft setzen kann, weist die strategische Bedeutung der energetischen Ressourcen sowohl für Russland als auch für die Staaten Nordostasiens hin. Eine Intensivierung der zwischenstaatlichen Beziehungen Russlands mit den Staaten der nordostasiatischen Region ist also zu erwarten, weil die Öl- und Gasindustrie eine der wichtigsten Einflussgruppen in Russland ist. Der Erfolg der regionalen energetischen Diplomatie Russlands in Nordostasien wird aber vom Konsens zwischen den Interessen des Staates und denen der Energieexportunternehmen abhängig sein.

Als zweitgrößtes der vielversprechenden Projekte wird von vielen russischen Beobachtern der Ausbau einer Transportbrücke zwischen Asien und Europa über russisches Territorium angesehen.¹⁸ Dafür soll aber nicht die Rekonstruktion der alten Bahnstrecken, sondern die Herstellung einer modernen Hochgeschwindigkeitsmagistrale in Angriff genommen werden. In den 1990er Jahren hat jedoch das Projekt trotz der erreichten Reduzierung der Transportzeiten keine ausländischen Investoren gefunden.

¹⁷ Vgl. Kapitel 6.2.2.2.

¹⁸ Vgl. Kapitel 6.2.2.3.

Festzuhalten ist: Russlands Außen- und Sicherheitspolitik bestätigt bei näherer Betrachtung die Eingangsthese, dass die wirtschaftlichen bzw. handelspolitischen Interessen in den letzten zwei Jahrhunderten russischer Geschichte strategischen Prioritäten geopfert wurden. Während die Wirtschaft im zaristischen Russland auf die Großmachtanstrebungen ausgerichtet waren und rein wirtschaftliche Erwägungen bei der Definition der Außen- und Sicherheitspolitik untergeordnet war und in der Zeit des Kalten Krieges größtenteils der Aufrechterhaltung der Militärmacht diente¹⁹, nahm die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren bei der Formulierung der außen- und sicherheitspolitischen Richtlinien der Russischen Föderation in den 1990er Jahren einen größeren Stellenwert ein.²⁰ Das Verständnis, dass die von Russland angestrebte Bewahrung seiner Großmachtposition in Nordostasien nach der Revidierung des militärischen Widerstandes von wirtschaftlichen Ressourcen abhängig ist, verstärkte sich erst in den 1990er Jahren in den Kreisen der russischen politischen Elite. Es fehlt jedoch nach wie vor an Konzepten und Instrumenten der Realisierung eines effektiven regionalen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Engagements.

¹⁹ Vgl. Kapitel 4.1.

²⁰ Vgl. Kapitel 4.2.